

**Antrag
auf Gewährung einer Zuwendung im Rahmen der IKZ Sonderförderung „Gemeinsam sicher
feiern in Rheinland-Pfalz“**

an das

Ministerium des Innern und für Sport
Schillerplatz 3-5
Referat 382
55116 Mainz
Email: poststelle@mdi.rlp.de

Antragsteller

Name (ggf. mit Angabe der Verbandsgemeinde)	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
Bankverbindung (IBAN, BIC, Geldinstitut)	
Auskunft erteilt von	Telefon: E-Mail:

Beteiligte Kooperationspartner

Name (der beteiligten Körperschaft)	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
Gremienbeschluss vom	
Auskunft erteilt von	Telefon: E-Mail:

Name (der beteiligten Körperschaft)	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
Gremienbeschluss vom	
Auskunft erteilt von	Telefon: E-Mail:

Name (der beteiligten Körperschaft)	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
Gremienbeschluss vom	
Auskunft erteilt von	Telefon: E-Mail:

Name (der beteiligten Körperschaft)	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
Gremienbeschluss vom	
Auskunft erteilt von	Telefon: E-Mail:

Name (der beteiligten Körperschaft)	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
Gremienbeschluss vom	
Auskunft erteilt von	Telefon: E-Mail:

Akronym / Kurztitel im Rahmen der Sonderförderung „Gemeinsam sicher feiern in Rheinland-Pfalz“ kurze, aber eindeutige Bezeichnung (max. 80 Zeichen)

Hinweis: die Angaben sollen zur Veröffentlichung geeignet sein

--

Kurzbeschreibung im Rahmen der Sonderförderung „Gemeinsam sicher feiern in Rheinland-Pfalz“ kurze Beschreibung (Zielsetzung und Gegenstand des Kooperationsprojekts, beteiligte

Kooperationspartner, Vorgehensweise und Meilensteine, Finanzierung und des Nutzens einer interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Veranstaltungssicherheit (max. 4.500 Zeichen).

Hinweis: die Angaben sollen zur Veröffentlichung geeignet sein

Kurzbeschreibung:

Arbeits- und Zeitplan bis 30.09.2026
voraussichtlicher Projektbeginn, Zeitbedarf

Gesamtkostenaufstellung bis 30.09.2026

Gesamtkosten der Maßnahme (Gesamtkosten = Kosten im Förderzeitraum bis zum 30.09.2026)	EUR
Sachausgaben (inkl. Aufträge an Dritte)	EUR
Investitionen (inkl. Material für Zufahrtsschutz)	EUR
Sonstiges und zwar:	EUR

Hinweis: Investive Ausgaben für Baumaßnahmen sind nicht förderfähig.

Beantragte Zuwendung

drei beteiligte Kommunen (bis zu 105.000 €)	EUR
vier oder mehr beteiligte Kommunen (bis zu 140.000 €)	EUR
(Hinweis: maximal mögliche Fördersumme bis zur Höhe der zuwendungsfähigen Gesamtkosten)	EUR

Finanzierung (Hinweis: lediglich erforderlich, sofern eine Ko-Finanzierung für abgrenzbare Projektteile vorgesehen ist)

I. Gesamtkosten	EUR
II. nicht zuwendungsfähige Kosten (Ziff. 6.8 der Fördergrundsätze)	EUR
Zuwendungsfähige Kosten (I. – II.)	EUR

Finanzierung (zuwendungsfähige Kosten)	EUR
a) Zuwendungen Dritter (Bund)	EUR
b) vorhandene Eigenmittel	EUR
c) Eigenleistungen	EUR
d) Kredite	EUR
e) Sonstige Finanzierungsmittel / Spenden	EUR
beantragte Zuwendung (Festbetrag lt. Fördergrundsätze)	EUR

- ☐ **Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben noch nicht begonnen ist und dass es auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides bzw. der Genehmigung des vorzeitigen Beginns in Angriff genommen wird.**

Der Antragsteller erklärt, dass er für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug

- ☐ berechtigt ist – er beträgt _____ EUR.
- ☐ nicht berechtigt ist.

IV. Beigefügte Unterlagen

- ☐ **Gremienbeschlüsse (Ziff. 5.3 Fördergrundsätze) → siehe nachstehenden Hinweis**
- ☐ **Vollmachten der beteiligten Kommunen für die koordinierende Kommune (Ziff. 4.2 Fördergrundsätze) → siehe nachstehenden Hinweis**

Hinweis: Vor Einreichung der Vollmachten zugunsten der antragsstellenden Kommunen und der entsprechenden Gremienbeschlüsse der Entscheidungsgremien (Kreistag, Stadtrat, VG-Rat) der entsprechenden Gremienbeschlüsse kann keine Auszahlung erfolgen.

V. Abschließende Erklärung des Antragstellers

- ☐ Die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs nach § 264 StGB ist bekannt. Es wurde Kenntnis davon genommen, dass die hier gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 StGB sind.
- ☐ Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich zur Teilnahme am Erfahrungsaustausch im Rahmen des Vorhabens „Urbane Sicherheit“ und dem Wissenstransfer des IKZ-Transfer- und Beratungszentrums der ADD sowie zur Mitwirkung bei durch das MdI beauftragten wissenschaftlichen Begleitprojekten der IKZ-Pilotförderung, beispielsweise durch Bereitstellung von Unterlagen oder Teilnahme an Befragungen oder Interviews.
- ☐ Dem Land Rheinland-Pfalz wird unentgeltlich das Recht eingeräumt, Informationen und Ergebnisse der geförderten Projekte zu nutzen, zu veröffentlichen und auch an interessierte Gemeinden und Gemeindeverbände weiterzugeben.

(Ort, Datum)

(Unterschrift / Dienstsiegel)